



DAS WIR
ENTSCHEIDET.

ARGUMENTATIONS- KARTEN

WWW.MITMACHEN.SPD.DE

-
- 1** **DER WERT DER ARBEIT**
 - 2** **AUFSTIEG DURCH BILDUNG**
 - 3** **MODERNE FAMILIENPOLITIK**
 - 4** **DIE RENTE ZUM LEBEN**
 - 5** **MODERNE WIRTSCHAFT**
 - 6** **GERECHTE STEUERN**
 - 7** **GEGEN STEUERBETRUG**
 - 8** **GUT FÜR FRAUEN UND MÄNNER**
 - 9** **DIE BÜRGERVERSICHERUNG**
 - 10** **BEZAHLBARES WOHNEN**
 - 11** **UMWELT**

Ein zweites Argumentationskarten-Set wird folgende Themen umfassen: Pflege, Energie, Verbraucherpolitik, Europa, Internationales, Demokratie, Moderne Gesellschaft, Integration, Kultur, Innere Sicherheit, Netzpolitik, Jugendpolitik und Ostdeutschland.

SPD DAS WIR
ENTSCHEIDET.

DAS WIR ENTSCHEIDET

SPD

UNS GEHT ES UM EIN NEUES MITEINANDER. UNSER MAß IST DIE BALANCE ZWISCHEN ÖKONOMISCHER KRAFT, SOZIALER VERANTWORTUNG UND DER WÜRDE JEDES EINZELENEN. UNSER ZIEL IST EIN TOLERANTES UND OFFENES ZUSAMMENLEBEN, DAS VON GEMEINSINN GEPRÄGT IST. WIR WERDEN BESSER UND GERECHTER REGIEREN. WIR STEHEN FÜR EINE GESELLSCHAFT, IN DER DAS WIR ENTSCHEIDET.

WAS WIR WOLLEN – EINE GERECHTERE GESELLSCHAFT

Wohlstand für alle können wir nur erreichen, wenn alle gemeinsam mit anpacken. Nur gemeinsam können wir dafür sorgen, dass gerechte Löhne gezahlt werden und Arbeitsplätze sicher sind. Nur so können wir das Versprechen einlösen, dass die Mühen und Anstrengungen auch wirklich Sicherheit und Wohlstand bringen. Und nur so können wir den Banken die Grenzen aufzeigen.

Unser Land ist unter Schwarz-Gelb ungerechter geworden. Zu viele bekommen ihren gerechten Teil vom gemeinsam erarbeiteten Erfolg nicht:

- ▶ Auf dem Arbeitsmarkt wird Gerechtigkeit mit Füßen getreten. Wir erleben Missbrauch von Leiharbeit, Niedrigstlöhne, Ungleichbezahlung auf der einen und exorbitante Managergehälter, millonenschwere Abfindungen und Selbstbedienungsmentalität auf der anderen Seite.

SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.

- ▶ Das Bankkonto der Eltern entscheidet zu oft über **Bildungschancen**, nicht das Talent und die Anstrengung der Kinder. Eltern verzweifeln an den Zuständen in Kitas und Schulen, Studierende an den geforderten Gebühren, Schülerinnen und Schüler am Druck. Die Probleme sind beschrieben, aber bei weitem nicht beseitigt.
- ▶ **Arm und Reich** sind wieder extreme Gegensätze in Deutschland. So mancher Reiche stiehlt sich davon, zahlt keine Steuern – auf Kosten der Gemeinschaft. Die Regierung Merkel beschönigt die Lage.

ROT-GRÜN: BESSER UND GERECHTER

Wir sind uns mit der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland einig: Die **gezielte Erhöhung der Steuern** für Spitzeneinkommen und die Wiederbelebung der **Vermögenssteuer** sind gerecht und notwendig für die Investitionen in unsere Zukunft: für gute Bildung, Infrastruktur, starke Gemeinden und Schuldenabbau.

Die Regierung Merkel hatte vier Jahre Zeit, sich um die Probleme in Deutschland zu kümmern. Stattdessen hat sie geredet und angekündigt, aber **nicht gehandelt**.

Am 22. September geht es um eine **klare Alternative**: Rot-grüne Politik, die besser gemacht und gerechter ist. Im Interesse Aller. Oder Schwarz-Gelbe Ankündigungspolitik, die die Gesellschaft spaltet und Interessen Weniger bedient.

SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.

DER WERT DER ARBEIT

1

ARBEIT VERDIENT RESPEKT, ANERKENNUNG – UND EINEN ORDENTLICHEN LOHN. FÜR VIELE MILLIONEN GILT DAS ABER NICHT: SIE ARBEITEN FÜR BILLIGLÖHNE, DIE NICHT ZUM LEBEN REICHEN, IN BEFRISTETEN VERTRÄGEN ODER UNTER SCHLECHTEN ARBEITSBEDINGUNGEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Den gesetzlichen Mindestlohn:** 8,50 Euro pro Stunde sollen alle mindestens verdienen – überall, in jeder Branche, garantiert.
- ▶ **Gute Tarifverträge:** Wir schaffen bessere Möglichkeiten, dass Tarifverträge allgemeinverbindlich werden – also für alle Arbeitgeber und Beschäftigten einer Branche gelten.
- ▶ **Gleiche Arbeit, gleicher Lohn:** Für Frauen und Männer. Und für Leiharbeiter und Festangestellte.

MANCHE BEHAUPTEN...

... der Mindestlohn vernichte Arbeitsplätze. **Das ist falsch!** Das zeigen die Erfahrungen in 20 EU-Staaten mit Mindestlohn. **Falsch ist auch die Behauptung**, der Mindestlohn sei ein Eingriff in die Tarifautonomie. Er ist die untere Grenze für einen menschenwürdigen Lohn. Oberhalb dessen können die Tarifpartner weiter frei die Lohnhöhe aushandeln.

KONKRET HEIßT DAS...

... **6,8 Millionen** arbeiten für weniger als 8,50 Euro. Sie bekommen durch den Mindestlohn mehr Geld. Und der Steuerzahler spart rund **4 Milliarden Euro**, weil Armutslöhne nicht mehr aufgestockt werden müssen.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir werden die Regeln für **Leiharbeit** so konkret fassen, dass sie nicht mehr reguläre Arbeit verdrängen kann – sondern eingesetzt wird, um kurzfristige Auftragsspitzen abzufedern. Dasselbe gilt für **Werkverträge**. Und **Betriebsräte** werden mehr mitbestimmen können bei dem Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen in ihren Betrieben.
- ▶ Frauen verdienen durchschnittlich **22 Prozent** weniger als Männer – oft sogar bei gleicher Arbeit. Wir beenden diese Benachteiligung mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz**. Das macht in einem ersten Schritt Lohndiskriminierung in einem Betrieb sichtbar. Anschließend kann sie beendet werden.
- ▶ Fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag wird inzwischen nur noch befristet abgeschlossen. Das nimmt vor allem jungen Menschen Sicherheit für ihre Lebensplanung. **Wir schaffen darum Befristungen ab**, die nicht sachlich begründet werden können.

3 MILLIONEN ARBEITSLOSE SIND TATSÄCHLICH KEINE ERFOLGSMELDUNG, DENN:

2012 arbeiteten nur noch **67 %** in einem Normalarbeitsverhältnis.

26 % arbeiteten in Teilzeit: **45 %** der Frauen, **10 %** der Männer.

50 % der atypischen Beschäftigten arbeiteten zu Niedriglöhnen.

23 % aller Beschäftigten arbeiteten im Niedriglohnssektor.

Jeder zweite neue Arbeitsvertrag wird nur noch befristet geschlossen

AUFSTIEG DURCH BILDUNG

2

ELTERN MIT GUT GEFÜLLEM KONTO KÖNNEN IHREN KINDERN BESTE BILDUNG BIETEN. DAS SIND CHANCEN, DIE ANDERE NICHT HABEN. DABEI IST BILDUNG EIN GRUNDRECHT – UNVERZICHTBAR FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN, FÜR ERFOLG IM BERUF. DAS STEHT ALLEN ZU.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Investieren: ab 2014 jährlich schrittweise bis zu **20 Milliarden Euro mehr**. Damit wir international auf den Durchschnitt vergleichbarer Länder kommen.
- ▶ **Kostenfrei von der Kita bis zur Hochschule:** Studiengebühren wird es mit uns auch in Zukunft nicht geben, Kita-Gebühren werden schrittweise abgeschafft.
- ▶ Das Kooperationsverbot im Grundgesetz muss weg, damit **Bund und Länder vernünftig zusammenarbeiten** können – für beste Bildung.

MANCHE BEHAUPTEN...

... wer gut ist, kommt auch weiter. **Das ist falsch!** Bildungserfolg wird immer noch vererbt: 61 % der Kinder auf dem Gymnasium haben Eltern mit Abitur, nur 10 % mit höchstens Hauptschulabschluss. Wir müssen in Bildung investieren, damit alle die gleichen Chancen haben.

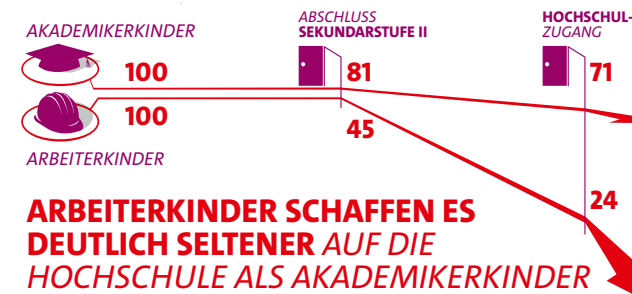
KONKRET HEIßT DAS...

... **Bildungsinvestitionen wirken:** Mit dem **4-Milliarden-Ganztagschulprogramm** der SPD wurden von 2003 bis 2009 über **8.000 Ganztagschulen** geschaffen. Davon profitieren aber erst **30% der Schülerinnen und Schüler**. Darum: investieren in bessere Qualität und mehr Plätze.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ **Schwerer Aufstieg und keine Chancengleichheit:** **80%** der Jugendlichen schaffen keinen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern. Und nur **24%** der Jugendlichen, deren Eltern keine Akademiker sind, schaffen überhaupt den Zugang zur Hochschule. Wichtig sind darum das gebührenfreie Studium und ein starkes BAföG.
- ▶ Jedes Jahr finden **80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz**. Obwohl Fachkräfte gebraucht werden. Ausbildungsgarantie und branchenbezogene Ausbildungsfonds schaffen Perspektiven ohne die Unternehmen aus ihrer Pflicht zu entlassen.
- ▶ Die **Ausbildungsqualität** muss stimmen. Dazu gehört auch eine Mindestausbildungsvergütung.
- ▶ Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen eine „**2. Chance auf Berufsausbildung**“. Wir machen das mit einem Sofortprogramm.

FÜR BILDUNGSGERECHTIGKEIT SORGEN



MODERNE FAMILIENPOLITIK

3

FÜR VIELE ELTERN IST ES IMMER NOCH SCHWER, FAMILIE UND BERUF UNTER EINEN HUT ZU BEKOMMEN. OFT FEHLEN BETREUUNGSPLÄTZE, ARBEITSZEITEN SIND MEIST UNFLEXIBEL. UND BEIM KINDERGELD ZIEHEN FAMILIEN MIT KLEINEM EINKOMMEN DEN KÜRZEREN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Keine Kita-Gebühren mehr:** Wir entlasten die Familien durch die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für alle Kinderkrippen und Kindertagesstätten. Das bedeutet konkret für Eltern eine Entlastung von 160 Euro pro Monat oder rund 1.900 Euro pro Jahr!
- ▶ **Das Neue Kindergeld.** Das ist gerecht, weil Familien mit weniger als 3.000 und Alleinerziehende unter 2.000 Euro Bruttoeinkommen mehr bekommen: **bis zu 140 Euro zusätzlich** pro Kind und Monat.
- ▶ **Zeit für Kinder und Beruf** – mit der **Familienarbeitszeit:** Wenn Eltern partnerschaftlich ihre Arbeitszeit reduzieren, zum Beispiel auf 30 Stunden, wird ein Teil des Lohnverlusts ausgeglichen.

MANCHE BEHAUPTEN...

... das 2-Milliarden-Betreuungsgeld schaffe Wahlfreiheit. **Das ist falsch!** Vielmehr hält es viele Frauen von eigener Berufstätigkeit fern – und viele Kinder von wichtiger Förderung. Echte Wahlfreiheit gibt es nur mit guter Betreuung. Dafür müssen die 2 Milliarden Euro investiert werden.

KONKRET HEIßT DAS...

... der verheiratete Krankenpfleger (2.700 Euro brutto) bekommt mit dem Neuen Kindergeld für seine beiden Töchter **statt 368 jetzt 468 Euro.**

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir werden schrittweise ab 2014 jährlich **20 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Betreuung** investieren – das sind rund **1.500 Euro für jedes Kind** unter 16 Jahren.
- ▶ Frühe Förderung bringt gleiche Startchancen. Mit dem Verzicht auf das **Betreuungsgeld** können **zusätzlich 200.000 Kita-Plätzen** unterhalten werden. Darüber hinaus werden wir den **Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze** an Kitas und Schulen schrittweise bis 2020 einführen.
- ▶ Rund **400.000 Kinder leben in versteckter Armut** – weil die nötigen Hilfen bei den Familien oft nicht ankommen. Diese Kinder und ihre Eltern profitieren vom Neuen Kindergeld.
- ▶ **90 Prozent** der Menschen in Deutschland wollen, dass der **Staat benachteiligte Familien besser unterstützt.**

PARTNERSCHAFTLICH LEBEN – WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Das partnerschaftliche Modell „beide arbeiten 30 Stunden und teilen sich Haushalt und Kinderbetreuung“ wünschen sich laut einer Umfrage **38 %** der Eltern, die mit einem Partner leben.

Nur **6 %** gelingt das auch.

Und warum klappt das nicht? **45 %** sagen, das Einkommen würde nicht reichen, wenn sie ihr Wunschmodell umsetzen.

DIE RENTE ZUM LEBEN

4

WIR ALLE BRAUCHEN SICHERHEIT FÜR DAS ALTER. VIELE SORGEN SICH ABER, DASS DIE RENTE NICHT REICHT. DIE SPD IST DIE EINZIGE PARTEI, DIE ANTWORTEN BIETET – DIE EINZIGE PARTEI MIT EINEM GESCHLOSSENEN RENTENKONZEPT.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Wir sorgen für mehr sozialversicherte Arbeit, für den gesetzlichen Mindestlohn und für gute Tariflöhne. Das bringt auch **gute Renten**.
- ▶ **Die volle Rente schon ab 63:** Keine Abschläge – für alle, die 45 Jahre in die Rentenversicherung gezahlt haben. Und wer gesundheitlich nicht mehr kann, bekommt Erwerbsminderungsrente ohne Abschlag.
- ▶ Für Ältere, die lange gearbeitet aber wenig verdient haben, kommt der Mindestlohn zu spät. Für sie wird es die **Solidarrente** geben: **850 Euro mindestens**. Und für Eltern, deren **Kinder vor 1992** geboren wurden, werden die Berücksichtigungszeiten ausgedehnt – da sie nicht voll arbeiten konnten, weil es zu wenig Kitas gab.

MANCHE BEHAUPTEN...

... das gesetzliche Rentensystem habe ausgedient. **Das ist falsch!** Gerade die Finanzmarktkrise zeigt die Vorteile einer solidarischen Absicherung.

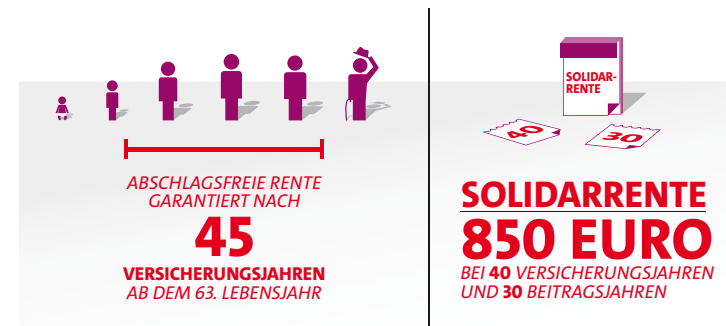
KONKRET HEIßT DAS...

... wer 45 Jahre durchschnittlich verdient hat und mit 63 in Rente geht, hat mit uns **monatlich 133 Euro mehr**. Bei 20 Jahren Rentenbezug sind das fast **32.000 Euro**.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Die schrittweise **Anhebung des Renteneintrittsalters** wird es mit uns nur geben, wenn die **Mehrheit der Älteren sozialversichert beschäftigt** ist. Denn sonst bedeutet die Anhebung eine Rentenkürzung.
- ▶ Wir schaffen ein **einheitliches Rentensystem in Ost- und Westdeutschland** – bis 2020.
- ▶ Wir stärken zusätzlich die **betriebliche Altersvorsorge**: Jeder Beschäftigte muss von seinem Arbeitgeber ein Angebot bekommen – natürlich bei freier Wahl, ob er oder sie es annimmt.

SICHER IN RENTE GEHEN



MODERNE WIRTSCHAFT

5

DIE VIERTE INDUSTRIELLE REVOLUTION LÄUFT: NACH DAMPFMASCHINE, ELEKTRIZITÄT UND COMPUTER GEHT ES JETZT UM DIGITALE VERNETZUNG FÜR NEUE PRODUKTE UND PROZESSE. UND ES GEHT UM EINE NEUE GRÜNDUNGSKULTUR. WEICHEN STELLEN, CHANCEN NUTZEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Moderne Infrastruktur.** Wir treiben den **Ausbau des schnellen Internets** voran und sanieren die **Verkehrswege**: 2 Milliarden Euro Investitionen durch den Bund.
- ▶ **Mehr und bessere Bildung:** schrittweise ab 2014 bis zu 20 Milliarden zusätzliche Bildungsinvestitionen – auch, um **digitale Kompetenzen** zu fördern. Und ein **Laptop** für jede Schülerin und jeden Schüler.
- ▶ Eine **neue Gründungskultur** für gute Ideen, für Innovationen fördern: Die Kürzungen beim **Existenzgründerzuschuss** werden wir darum rückgängig machen. Und mehr Risikokapital für junge Unternehmen mobilisieren.

MANCHE BEHAUPTEN...

... die Infrastruktur in Deutschland sei spitze. **Das ist falsch!** Inzwischen sind viele Straßen, Brücken, Kanäle marode. Die Merkel-Regierung hat die Sanierung verschlafen – ebenso wie den Ausbau moderner Kommunikationsnetze.

KONKRET HEIßT DAS...

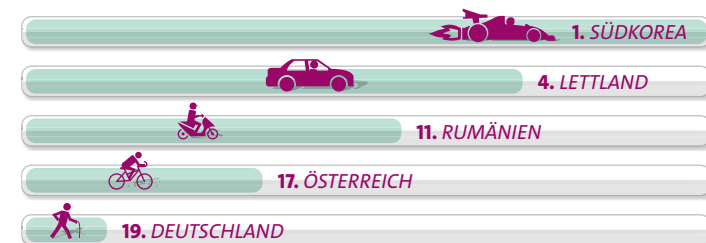
... beim Ausbau von Internet-Breitbandverbindungen liegt sogar Rumänien vor Deutschland.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ **Immer weniger Existenzgründungen:** 2012 sind in Deutschland die Existenzgründungen auf den niedrigsten Stand seit 2000 gesunken. Vor allem Startkapital für Gründer fehlt. In den **USA** werden jährlich über **10 Milliarden Euro** an Risikokapital in junge Firmen investiert. In **Deutschland** sind es nur **500 Millionen**.
- ▶ **Schnelles Internet ist Mangelware:** Anfang 2011 waren in Westdeutschland nur 43 % der Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Im Osten waren es sogar nur 25 %. Und in ländlichen Regionen ist es praktisch nicht vorhanden: **im Westen 3,3 %, im Osten 0,3 %**.
- ▶ **Marode Verkehrswege:** Allein für den Erhalt und den Betrieb der **Bundesfernstraßen** fehlen jährlich **800 Millionen Euro**. Hinzu kommt **eine halbe Milliarde** jährlich, um die **Schäden durch Vernachlässigung** zu beseitigen. Für den Erhalt der **Schienenwege** müssen zusätzlich jedes Jahr rund **eine Milliarde Euro** zusätzlich investiert werden.

SCHNELLES INTERNET FÜR MODERNE WIRTSCHAFT

IN DEUTSCHLAND IST DAS INTERNET LANGSAMER ALS IN VIELEN ANDEREN LÄNDERN



GERECHTE STEUERN

6

EINE GERECHTE GESELLSCHAFT BRAUCHT GUTE BILDUNG, INFRASTRUKTUR, STARKE GEMEINDEN UND SCHULDENABBAU. DESHALB: EINE SOLIDARISCHE BEITRAGSKULTUR ZWISCHEN DENEN, DEN ES SEHR GUT GEHT, UND DEN JENIGEN, DIE SCHON HOHE BELASTUNGEN HABEN. WIR SAGEN OFFEN, WOHER DAS GELD FÜR INVESTITIONEN KOMMT.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Der neue **Spitzensteuersatz** soll **49 Prozent** betragen: ab einem zu versteuernden Einkommen von **100.000 Euro für Singles** und **200.000 Euro für Ehepaare**.
- ▶ Wir wollen, dass auch **Millionen-Vermögen** wieder einen Beitrag leisten. Dafür werden wir die Vermögenssteuer wieder einführen.

MANCHE BEHAUPTEN...

... auch die **Mittelschicht** muss dann mehr zahlen. **Das ist falsch!** Nach unserem Konzept sind zum Beispiel Facharbeiter, Krankenschwestern oder Lehrer nicht betroffen. Aber der alleinstehende Facharzt mit 85.000 Euro Jahreseinkommen zahlt etwas mehr: 13 Euro monatlich!

KONKRET HEIßT DAS...

... es werden weiterhin nur absolute Spitzenverdiener besteuert, aber auch unterhalb des neuen Spitzensteuersatzes ändern sich die Progressionsstufen. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt aber erst ab einem **Jahreseinkommen von 138.000 Euro** mehr: **17 Cent im Monat!**

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Die Merkel-Regierung hat in den vergangenen Jahren **100 Milliarden Euro** neue Schulden gemacht – trotz Rekord-Steuer-einnahmen! Die Gesamtverschuldung liegt bei über **2.000 Milliarden Euro**. Geld, das unsere Kinder, Enkel und Urenkel zurückzahlen müssen.
- ▶ Deutschland braucht Investitionen: Zum Beispiel für bessere **Bildung: rund 20 Milliarden Euro**. Und für die **Verkehrsinfrastruktur** brauchen wir **mindestens 2 Milliarden Euro** zusätzlich.
- ▶ Das **zusätzliche Aufkommen** allein durch den neuen Spitzensteuersatz wird bei rund **6 Milliarden Euro** jährlich liegen. Das ist wichtig für Zukunftsinvestitionen und Schuldenabbau. Weitere Einnahmen kommen unter anderem durch die Vermögenssteuer, die erhöhte Kapitalertragssteuer und die Spekulantensteuer.
- ▶ Bis zu einem zu versteuernden Einkommen von **64.000 Euro für Singles** und **128.000 Euro für Ehepaare** zahlt niemand mehr. Der **Durchschnittslohn** in Deutschland liegt bei rund **30.000 Euro** im Jahr.

ANTEIL DER STEUERPFLICHTIGEN, DIE NACH UNSEREN PLÄNEN ETWAS MEHR* BEITRAGEN WERDEN



GEGEN STEUERBETRUG

7

STUEARBETRUG SCHADET DER GESELLSCHAFT. DENN DAS GELD FEHLT FÜR WICHTIGE INVESTITIONEN. BILDUNG ZUM BEISPIEL, KINDERBETREUUNG ODER INFRASTRUKTUR. BETROGENE SIND VOR ALLEM DIE EHRlichen STEUERZAHLER, DIE ALLES ALLEIN ZAHLEN MÜSSEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Wir werden nach einer Übergangszeit die **Straffreiheit bei Selbstanzeige auf Bagatellfälle begrenzen**.
- ▶ **Automatischer Informationsaustausch in Europa** – für Transparenz. Anonyme Briefkastenfirmen und Stiftungen werden wir verbieten.
- ▶ **Keine löchrigen Steuerabkommen**, wie von der Regierung mit der Schweiz geplant.
- ▶ **Mehr Personal** für die Finanzverwaltung, eine **bundesweite Steuererfahndung** und **härtere Strafen für Betrüger**.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Steuerhinterziehung sei ein Kavaliersdelikt. Und es gehe um wenige Einzelfälle. **Das ist falsch!** Der Schaden durch Betrug und Steuervermeidung ist enorm. Europa verliert schätzungsweise 1.000 Milliarden Euro pro Jahr durch Steuerbetrug und Steuervermeidung.

KONKRET HEIßT DAS...

... wir haben das **schlechte Steuerabkommen verhindert**. Sonst wären Betrüger straffrei geblieben und anonym. Jetzt kann gegen sie ermittelt werden und die Schweiz will neu verhandeln.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir werden die **Gewinnverlagerung in sogenannte Steueroasen bekämpfen**. Oft sind diese Steuertricks internationaler Konzerne noch legal. Wirksame Empfehlungen der EU gegen Steuervermeidung werden wir in nationales Recht umsetzen.
- ▶ Wir werden den Wettbewerb um die **niedrigsten Steuern in Europa beenden**: Durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und Mindeststeuersätze bei der Körperschaftsteuer.
- ▶ Steuerbetrüger werden nicht mehr „auf Zeit spielen“ können: So wie die USA werden auch wir die **Verjährungsfristen für Steuerbetrug** erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung beginnen lassen.

DEUTSCHLAND VERLIERT SCHÄTZUNGEN ZUFOLGE

150

MILLIARDEN EURO PRO JAHR
... DURCH STEUERBETRUG UND STEUERVERMEIDUNG –
GELD, DASS FÜR INVESTITIONEN UND SOZIALES FEHLT.

GUT FÜR FRAUEN UND MÄNNER

8

FRAUEN UND MÄNNER SIND GLEICHBERECHTIGT. SO STEHT ES IM GRUNDGESETZ – SEIT ÜBER 60 JAHREN. TATSÄCHLICH HABEN FRAUEN ABER IMMER NOCH SCHLECHTERE CHANCEN: DER AUFSTIEG IM BERUF IST SCHWERER, VIELE VERDIENEN DEUTLICH WENIGER ALS MÄNNER. SCHLUSS DAMIT!

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Mit dem **Entgeltgleichheitsgesetz** sorgen wir dafür, dass Lohndiskriminierung in den Betrieben sichtbar – und anschließend beseitigt wird.
- ▶ **Mehr Frauen in die Chef-Etagen:** Mit der **40-Prozent-Quote** für Vorstände und Aufsichtsräte großer Unternehmen.
- ▶ Das Ehegattensplitting umgestalten zu einem **Partnerschaftstarif**. Damit werden beide Partner individuell besteuert. Die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen werden steuerlich berücksichtigt. Für bestehende Ehen ändern wir nichts.

MANCHE BEHAUPTEN...

... wir wollten Frauen und Männern vorschreiben, wie sie leben sollen. **Das ist falsch!** Im Gegenteil geht es um die Freiheit, alte Zwänge zu überwinden, das Leben nach den eigenen Vorstellungen leben zu können.

KONKRET HEIßT DAS...

... **Männer** verdienten 2012 durchschnittlich **19,60 Euro** in der Stunde, **Frauen 15,21 Euro**. Das sind **22 Prozent weniger**. Sogar, wenn man Teilzeit und Berufsunterbrechungen heraus gerechnet sind, bleiben 8 Prozent Unterschied.

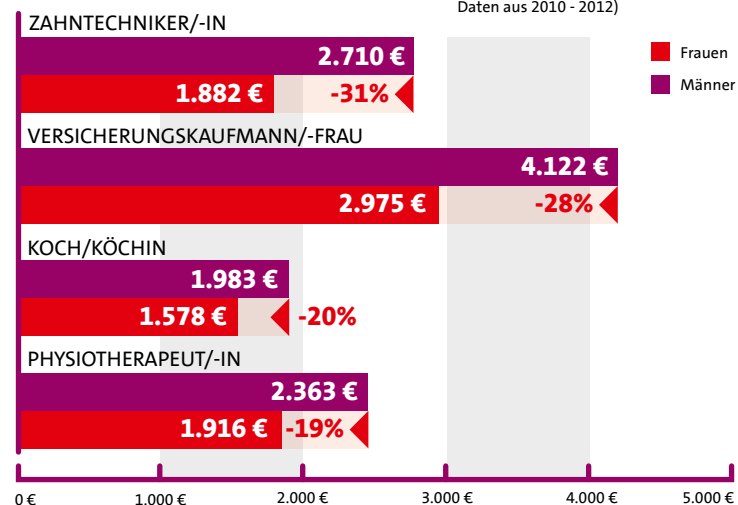
MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ **Zwei Drittel** aller Beschäftigten im **Niedriglohnbereich** sind Frauen. Sie verdienen schlecht und haben nur eine kleine Rente zu erwarten.
- ▶ 2011 waren rund 67 Prozent der Frauen erwerbstätig – **fast die Hälfte** davon in Teilzeit. Viele von ihnen, weil sie kein Rückkehrrecht auf ihre alte Arbeitszeit hatten. Das werden wir ändern.
- ▶ Vor allem Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, haben oft **schlechte Arbeitsbedingungen** und kaum **Aufstiegschancen**. Zum Beispiel: Dienstleistungs-, Pflege- und Sorgeberufe.

SO VIEL WENIGER VERDIENEN FRAUEN

Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Berufen in Euro

(Quelle: WSI-Lohnspiegeldatenbank
Daten aus 2010 - 2012)



DIE BÜRGERVERSICHERUNG

9

BEI UNSERER GESUNDHEITSPOLITIK STEHT DER MENSCH IM MITTELPUNKT. DURCH DIE BÜRGERVERSICHERUNG SCHAFFEN WIR DIE ZWEI-KLASSEN-MEDIZIN AB UND GARANTIEREN VERLÄSSLICHE FINANZIERUNG UND UMFASSENDE, GUTE VERSORGUNG FÜR ALLE.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Einheitliches System:** Alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten kommen automatisch in die **Bürgerversicherung**. Und auch die bisher privat Versicherten können wählen, ob sie wechseln wollen.
- ▶ **Gerechtere Finanzierung:** Die unteren und mittleren Einkommen zahlen weniger Beitrag, weil die Arbeitgeber zu gleichen Teilen einbezogen werden. Und auch die Spitzenverdiener werden gerecht beteiligt.
- ▶ **Bessere Leistungen:** Wir werden bessere Leistungen für die Versicherten durchsetzen und – vor allem in der Pflege – für bessere Arbeitsbedingungen sorgen.

MANCHE BEHAUPTEN...

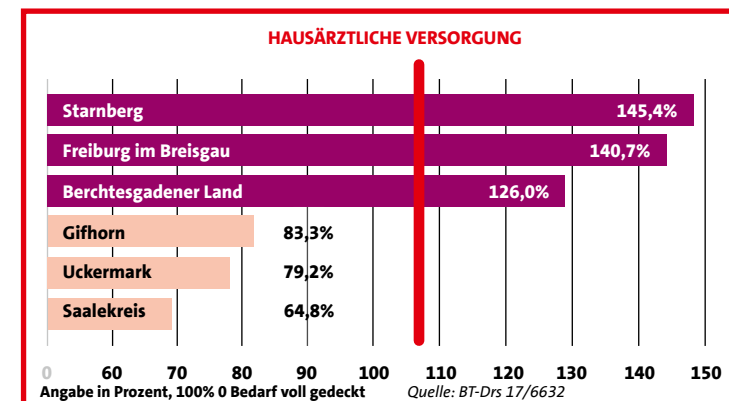
... mit der Bürgerversicherung werde die Versorgung schlechter und Arbeitsplätze seien bedroht. **Das ist falsch!** Vielmehr bringen mehr Beitragszahler mehr Geld in das System. Das heißt: auch bessere Leistungen. Außerdem schaffen wir mehr Stellen in der Krankenpflege.

KONKRET HEIßT DAS...

... Kassenpatienten warten **zwei bis drei Mal so lange** auf Facharzttermine wie Privatversicherte. Wir werden dafür sorgen, dass darüber die Schwere der Krankheit und nicht die Versichertenkarten entscheidet.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Besonders strukturschwache Regionen sind von Unterversorgung bedroht. Nicht die Versichertenkarte soll darüber entscheiden wie viel Honorar Ärzte für die Behandlung bekommen - ausschließlich die Versorgung des Patienten. Damit lohnt es sich für Ärzte auch auf dem Land zu praktizieren und nicht mehr nur in gutbetuchten Stadtteilen.
- ▶ Wir werden **Patientenrechte ausbauen** und den Verbraucherschutz stärken. Die Abzocke bei unnötigen Leistungen beim Arzt werden wir beenden. Alles, was medizinisch notwendig ist, übernimmt die Bürgerversicherung.
- ▶ Wir werden die **Krankenhausfinanzierung** so reformieren, damit das Geld für mehr Personal auf den Stationen und für eine bessere Behandlungsqualität eingesetzt wird.



BEZAHLBARES WOHNEN

10

VOR ALLEM IN STÄDTEN WERDEN WOHNKOSTEN IMMER MEHR ZUM PROBLEM: MIETEN EXPLODIEREN, WER EINE NEUE WOHNUNG FINDET, MUSS OFT EINEN MAKLER BEZAHLEN, DEN ER NICHT BEAUFTRAGT HAT, DER STROM WIRD TEURER. WOHNEN DARF ABER KEIN LUXUS WERDEN.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ Wir werden **Mieterhöhungen begrenzen**: auf maximal **15 %** in vier Jahren.
- ▶ Wird eine Wohnung **wiedervermietet**, darf die Miete um höchstens **10 %** über die örtliche Vergleichsmiete angehoben werden.
- ▶ Den **Makler** zahlt nur, wer ihn auch beauftragt hat.
- ▶ Die **Stromsteuer** wird um 25 % gesenkt.
- ▶ Die Kosten für **energetische Sanierung** dürfen nur noch zu 9 Prozent auf die Miete umgelegt werden.

MANCHE BEHAUPTEN...

... Mieter seien gut geschützt. **Das ist falsch!** Die Merkel-Regierung hat ihre Rechte in den letzten Jahren abgebaut, den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld abgeschafft. Und sie erlaubt Vermietern, 11 % der energetischen Sanierungskosten auf die Miete umzulegen.

KONKRET HEIßT DAS...

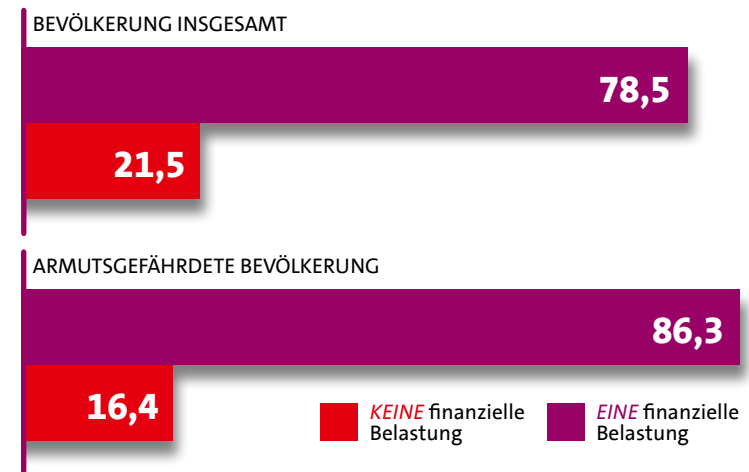
... wir wissen: In einer typischen Mietsituation würde beispielsweise eine Studentin mit der SPD-Mietpreisbremse weit über **700 Euro sparen** – jährlich. Und sie muss nicht die rund **1.000 Euro** für den Makler zahlen.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Wir führen den **Heizkostenzuschuss beim Wohngeld** wieder ein. Und wir stärken das Wohngeld als Instrument der sozialen Sicherung.
- ▶ Wir fördern den **altengerechten Umbau** von Wohnungen.
- ▶ Wir stärken **kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen**. Denn sie sind wichtig für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften.
- ▶ Bis zu **57,1 % ihres verfügbaren Einkommens** geben Haushalte in Deutschland für ihre Miete aus. Über **78 %** der Haushalte empfinden die monatliche Miete als **Belastung** (siehe Diagramm).

BELASTUNG DURCH MONATLICHE WOHNKOSTEN 2011

Anteil der Bevölkerung in %



(Quelle: Statistisches Bundesamt 2013)

UMWELT

11

EINE GESUNDE UND INTAKTE UMWELT IST DIE GRUNDLAGE FÜR UNSER LEBEN. GUTE UMWELTPOLITIK IST VIELES: INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT, CHANCE FÜR UNSERE WIRTSCHAFT UND NEUE ARBEITSPLÄTZE.

WAS WIR WOLLEN

- ▶ **Unseren CO₂-Ausstoß senken:** bis 2050 um mindestens 95 Prozent im Vergleich zu 1990. Dies gelingt mit einem **nationales Klimaschutzgesetz** mit festen Zwischenzielen. In der EU setzen wir uns für eine Anhebung des CO₂-Reduktionsziels auf 30 Prozent ein.
- ▶ **Weniger Lärm.** Mit einem **Aktionsprogramm** werden wir bis 2020 die Zahl der Menschen, die gesundheitlich unter Lärm leiden, halbieren.
- ▶ Die **führende Stellung bei Umwelttechnologien ausbauen.** Denn dieser Industriezweig hat Zukunft: Schon jetzt arbeiten hier europaweit zwei Millionen Menschen. Das jährliche Wachstum beträgt 5 Prozent.

MANCHE BEHAUPTEN...

... wir können uns mehr Umweltschutz nicht leisten. **Das ist falsch!** Im Gegenteil ist es viel teurer, nichts zu tun. Experten schätzen, dass der ungebremste Verlust der biologischen Vielfalt die Welt bis 2050 mindestens 7 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) kosten wird.

KONKRET HEIßT DAS

... das weltweite BIP lag 2011 bei 70 Billionen Euro. 7 Prozent sind 5.000 Milliarden Euro – allein für den Verlust biologischer Vielfalt! Hinzu kommen weitere Kosten: etwa für die Folgen von Luftverschmutzung.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- ▶ Umweltschutz ist auch für Wirtschaft und Arbeitsplätze wichtig. In der EU hängen rund 7 Prozent aller Arbeitsplätze – fast 14,6 Millionen – direkt von der biologischen Vielfalt ab. Beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft, in der Fischerei, dem Tourismus und rund um den Naturschutz.
- ▶ Wir werden das nationale Naturerbe um 30.000ha erweitern, Wälder und Forste mit einer naturnahen Waldwirtschaft erhalten, die Umweltbildung verbessern. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass sich mindestens 10 Prozent der öffentlichen und mindestens 5 Prozent der gesamten Waldflächen natürlich, ohne Eingriff, entwickeln können.
- ▶ Und wir werden Tierschutzorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, die Massentierhaltung durch baurechtliche Steuerung der Kommunen einschränken und für weniger Tierversuche in der Forschung sorgen. Lebensmittel aus artgerechter Haltung werden klarer gekennzeichnet.

